

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Monika Stolz CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

**Stellensituation an den allgemein bildenden Gymnasien
und beruflichen Schulen**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Stellen im höheren Dienst mit der Besoldung A 13 und A 14 an den öffentlichen allgemein bildenden Gymnasien und an den öffentlichen beruflichen Schulen des Landes Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren bis zum Jahr 2012 jeweils entwickelt?
2. Wie hat sich das Verhältnis der A 14-Stellen zu den A 13-Stellen in den letzten 10 Jahren bis zum Jahr 2012 entwickelt (aufgeteilt nach öffentlichen allgemein bildenden Gymnasien und öffentlichen beruflichen Schulen)?
3. Mit welchen Maßnahmen gedenkt sie einen Ausgleich vorzunehmen, falls ein ungleiches Verhältnis bei den prozentualen Anteilen von A 14- zu A 13-Stellen zwischen allgemein bildenden Gymnasien und beruflichen Schulen gegeben ist?
4. Warum sind an den allgemein bildenden Gymnasien in den Jahrgangsstufen 1 und 2 ab 111 Schülern je Jahrgangsstufe pro Schüler 1,65 Lehrerwochenstunden als Höchstwert vorgesehen, an den beruflichen Gymnasien jedoch 1,6 Wochenstunden?
5. Beabsichtigt sie, die beruflichen Gymnasien in dieser Hinsicht zukünftig gleich zu behandeln?
6. Bis zu welchem Zeitpunkt können die beruflichen Schulen in der nächsten Lehrereinstellungsrunde 2013 mit sicheren Stellenzuweisungen rechnen?

7. Wie hoch wird voraussichtlich der Anteil der Stellen sein, die im April 2013 über das Hauptausschreibungsverfahren besetzt werden?

19. 11. 2012

Dr. Stolz CDU

Begründung

Die beruflichen Schulen bilden einen wesentlichen und gleichwertigen Bestandteil des baden-württembergischen Bildungssystems. Diese Bedeutung muss sich auch in einer Gleichbehandlung bei der Ressourcenzuweisung niederschlagen.

Die Einstufung der Lehrpersonen an allgemein bildenden Gymnasien und beruflichen Schulen erfolgt jeweils in der Laufbahngruppe des höheren Dienstes. Daher sollte auch eine Gleichverteilung in den Besoldungsgruppen gegeben sein. Gleiches gilt für Lehrerzuweisungen für die Jahrgangsstufen an allgemein bildenden und beruflichen Gymnasialtypen.

Im Jahr 2012 ist das Lehrereinstellungsverfahren extrem spät angelaufen. Die beruflichen Schulen konnten nicht mehr so eigenständig im Rahmen der Lehrereinstellung agieren, wie es zuvor sehr erfolgreich möglich war. Die Schulen benötigen wieder frühzeitig Planungssicherheit. Dadurch kann nicht zuletzt verhindert werden, dass die besten Bewerber in andere Bundesländer abwandern, wie im Lehrereinstellungsverfahren 2012 geschehen.

Antwort

Mit Schreiben vom 12. Dezember 2012 Nr. 22-6412.40/98/1 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie hat sich die Zahl der Stellen im höheren Dienst mit der Besoldung A 13 und A 14 an den öffentlichen allgemein bildenden Gymnasien und an den öffentlichen beruflichen Schulen des Landes Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren bis zum Jahr 2012 jeweils entwickelt?*
- 2. Wie hat sich das Verhältnis der A 14-Stellen zu den A 13-Stellen in den letzten 10 Jahren bis zum Jahr 2012 entwickelt (aufgeteilt nach öffentlichen allgemein bildenden Gymnasien und öffentlichen beruflichen Schulen)?*

Zu 1. und 2.:

Die Gesamtzahl der A 13- und A 14-Stellen ist seit 2003 nahezu kontinuierlich um insgesamt rund 26,1 Prozent bei den Gymnasien und um insgesamt rund 19,7 Prozent bei den beruflichen Schulen gestiegen. Die Stellenzugänge erfolgten im Eingangsamt, hier Bes.Gr. A 13, wie dies grundsätzlich im Landesbereich der Fall ist. Durch diese Stellenzugänge hat sich folglich auch das Verhältnis Bes.Gr. A 14 zu Bes.Gr. A 13 vermindert. Dementsprechend sind auch die Wegfall-Vermerke jeweils nur im Eingangsamt ausgebracht. Hierdurch wird sich dieses Verhältnis dann stufenweise wieder verbessern.

Die Zahl der Beförderungsstellen in A 14 ist im selben Zeitraum leicht gesunken. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Reduzierung der A 14-Stellen nicht in jedem Fall zwangsläufig eine Verschlechterung der Beförderungssituation nach sich gezogen hat. Die Reduzierungen beispielsweise im Jahr 2009 um 89 A 14-Stellen oder im Jahr 2012 um 42 A 14-Stellen im gymnasialen Bereich sind fast ausschließlich auf eine haushaltsrechtlich notwendige Umwandlung in Stellen für Tarifbeschäftigte zurückzuführen. Auch handelt es sich vielfach nicht um die ersatzlose Streichung von A 14-Stellen, sondern um Rückstufungen, das heißt dass die in A 14 reduzierten Stellen in entsprechendem Umfang den Stellen in A 13 zugute gekommen sind.

Die Entwicklung der A 13- und A 14-Stellen in Kap. 0416 (sowie ehemals Kap. 0415), Kap. 0420 sowie Kap. 0436 und 0437 stellt sich seit 2003 wie folgt dar:

Haushalts- jahr	Gymnasien					Berufliche Schulen				
	Studienräte	Studienräte	Oberstudie	Oberstudie	Summe	Studienräte	Studienräte	Oberstudie	Oberstudie	Summe
	A13-Stellen	A13 in %	A14-Stellen	A14 in %	A13/A14	A13-Stellen	A13 in %	A14-Stellen	A14 in %	A13/A14
2003	5.843,00	42,83%	7.799,00	57,17%	13.642,00	4.685,00	48,07%	5.062,00	51,93%	9.747,00
2004	5.861,00	42,92%	7.795,00	57,08%	13.656,00	4.701,00	48,18%	5.057,00	51,82%	9.758,00
2005	6.236,50	44,46%	7.792,00	55,54%	14.028,50	5.077,00	50,09%	5.059,00	49,91%	10.136,00
2006 ¹⁾	6.815,50	46,66%	7.792,00	53,34%	14.607,50	5.597,00	52,52%	5.059,00	47,48%	10.656,00
2007	7.249,50	48,21%	7.787,50	51,79%	15.037,00	5.589,00	52,48%	5.061,50	47,52%	10.650,50
2008	7.276,50	48,31%	7.785,50	51,69%	15.062,00	5.586,50	52,48%	5.059,00	47,52%	10.645,50
2009 ²⁾	8.276,50	51,82%	7.696,50	48,18%	15.973,00	5.844,50	53,89%	5.001,00	46,11%	10.845,50
2010	8.999,50	54,05%	7.649,50	45,95%	16.649,00	6.118,50	55,17%	4.971,00	44,83%	11.089,50
2011	9.566,50	55,66%	7.619,50	44,34%	17.186,00	6.428,50	56,49%	4.951,00	43,51%	11.379,50
2012	9.624,00	55,94%	7.579,50	44,06%	17.203,50	6.720,50	57,58%	4.951,00	42,42%	11.671,50
1) Ab 2006 einschließlich anteiliger Stellen aus Kapitel 0436.										
2) Ab 2009 einschließlich anteiliger Stellen aus Kapitel 0437.										

3. Mit welchen Maßnahmen gedenkt sie einen Ausgleich vorzunehmen, falls ein ungleiches Verhältnis bei den prozentualen Anteilen von A 14- zu A 13-Stellen zwischen allgemein bildenden Gymnasien und beruflichen Schulen gegeben ist?

Im Blick auf die dringend notwendige Haushaltskonsolidierung können derzeit keine Stellenhebungen vorgenommen werden. Für Beförderungen der Studienrätinnen und Studienräte stehen somit derzeit weiterhin nur die frei werdenden Stellen nach Ablauf der sechsmonatigen Beförderungssperre zur Verfügung.

Ein Ausgleich zwischen den A 14-Stellen einerseits an allgemein bildenden Gymnasien und andererseits an beruflichen Schulen ließe sich nur durch eine Umschichtung erreichen, das heißt: in dem Umfang, in dem A 14-Stellen an den Gymnasien gestrichen werden, könnten diese den A 14-Stellen im beruflichen Bereich zugeführt werden. Eine Annäherung hat in der Vergangenheit bereits stattgefunden: So betrug im Jahr 2003 der Unterschied zwischen den A 14-Stellen im gymnasialen und beruflichen Bereich noch 5,24 Prozentpunkte, im Jahr 2012 betrug er nur noch 1,64 Prozentpunkte.

Darüber hinaus können über einen sog. Durchlaufvermerk zum Ausgleich unterschiedlicher Beförderungsverhältnisse im Einzelfall Stellen der Bes.Gr. A 14 und A 13 der beiden Bereiche gegenseitig in Anspruch genommen werden.

4. Warum sind an den allgemein bildenden Gymnasien in den Jahrgangsstufen 1 und 2 ab 111 Schülern je Jahrgangsstufe pro Schüler 1,65 Lehrerwochenstunden als Höchstwert vorgesehen, an den beruflichen Gymnasien jedoch 1,6 Wochenstunden?

5. Beabsichtigt sie, die beruflichen Gymnasien in dieser Hinsicht zukünftig gleich zu behandeln?

Zu 4. und 5.:

Die einseitige Erhöhung der sogenannten Oberstufenformel für die allgemein bildenden Gymnasien zum Schuljahr 2012/2013 ist auf eine Umschichtung des Pflichtunterrichts der Klassen 5 bis 10 in die Kursstufe zurückzuführen. Im Zuge der Diskussion um eine mögliche Überlastung der Schülerinnen und Schüler nach der Einführung von G 8 wurde die Kontingenzstundentafel für die Klassen 5 bis 10 um zwei Stunden gekürzt. Die gekürzten Stunden mussten in der Kursstufe nachgeholt werden, um die Vorgaben der Kultusministerkonferenz bezüglich der Gesamtstundenzahl im gymnasialen Bildungsgang zu erfüllen. Dies führte zu einer Erhöhung der Mindestbelegpflicht in der Kursstufe, die in einer höheren Anzahl zu bildender Kurse resultierte. Da an allgemein bildenden Gymnasien die Stundenzahl für Pflichtunterricht (sog. Sollstunden) der Klassen 5 bis 10 auf Basis der gültigen und nun gekürzten Kontingenzstundentafel errechnet werden und die Oberstufenformel unverändert blieb, entstand hier eine Deckungslücke in den Sollstunden, die eine Anpassung der Formel notwendig gemacht hat.

Vor diesem Hintergrund ist ein isolierter Vergleich der Höchstzahl an Lehrerwochenstunden in den Kursstufen der beruflichen und allgemein bildenden Gymnasien nicht zielführend. Ungeachtet dessen wird momentan geprüft, ob eine neue Oberstufenformel auch für berufliche Gymnasien Anwendung finden kann.

6. Bis zu welchem Zeitpunkt können die beruflichen Schulen in der nächsten Lehrereinstellungsrunde 2013 mit sicheren Stellenzuweisungen rechnen?

7. Wie hoch wird voraussichtlich der Anteil der Stellen sein, die im April 2013 über das Hauptausschreibungsverfahren besetzt werden?

Zu 6. und 7.:

Die beruflichen Schulen werden bereits vor Weihnachten für die Einstellung zum 1. Februar 2013 20 Stellen erhalten. Dies ist mit den beruflichen Referenten an den Regierungspräsidien abgesprochen und ermöglicht die dort beabsichtigten Maßnahmen. Voraussichtlich bis Ende Januar 2013 werden die beruflichen Schulen auf Basis der vorliegenden Bedarfsprognosen für die vorgezogenen Verfahren (Ländlicher Raum, Hauptausschreibung, Zusatzqualifikationsverfahren) weitere Kontingente erhalten.

Ab Ende Januar 2013 können über das Programm STEWI die Anträge für die stellenwirksamen Änderungswünsche der Lehrkräfte ausgewertet werden. Das Internetportal STEWI (Stellenwirksame Änderungswünsche Online) wird in diesem Jahr zum ersten Mal landesweit von allen Lehrkräften genutzt. Neben Teilzeit, Beurlaubung usw. sind für die Auswertung die Anträge auf vorzeitigen Ruhestand besonders wichtig. Mit der Ergänzung durch die Zahl der Lehrkräfte, die kraft Gesetzes in Ruhestand treten, können frühzeitig Bedarfsprognosen über die frei werdenden Stellen konkretisiert und geprüft werden. Das Kultusministerium wird mit den Regierungspräsidien die Zahlen aus dem Programm STEWI und die von den Schulen an die Regierungspräsidien gemeldeten Zahlen abgleichen, sodass evtl. weitere Anpassungen der Kontingente für die vorgezogenen Verfahren im Anschluss daran vorgenommen werden können. Das Kultusministerium beabsichtigt, die Kontingente sowohl für das Ausschreibungsverfahren Ländlicher Raum als auch für das Hauptausschreibungsverfahren in einem Block zu vergeben. Die Regierungspräsidien entscheiden aufgrund der Bedarfe und der Rückmeldungen der Schulen flexibel und eigenständig, in welchem Umfang sie die Kontingente auf diese beiden Verfahren aufteilen. Im Blick auf die Gesamtzahl der prognostizierten Einstellungen beabsichtigt das Kultusministerium, den

beruflichen Schulen den größeren Anteil der Stellen für die vorgezogenen Verfahren zur Verfügung zu stellen.

Warminski-Leitheußer

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport